

Warum lassen wir uns das gefallen?

Ob in der Krise oder im „Aufschwung“: Zahlen müssen wir, die Menschen mit geringem, mittlerem oder gar keinem Einkommen. Warum lassen wir es uns in Deutschland gefallen, immer höhere Abgaben zu zahlen und gleichzeitig Lohnkürzungen hinzunehmen? Warum streiken wir viel weniger als die Beschäftigten der meisten anderen Länder? Warum vertrauen wir auf Regierungen – sei's schwarz-gelbe, rot-grüne oder andere Farbkombinationen –, die alles für deutsche Unternehmen und ihre Machtposition in der Welt tun, aber den meisten Menschen hier wie dort nur schaden? Deutschland schafft sich nicht selbst ab (Thilo Sarrazin), sondern uns.

..... **Angstfaktor Arbeitslosigkeit**

Viele haben Angst vor Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit. Und nehmen deswegen jede Lohnkürzung in Kauf, um nicht „Hartz IV zu werden“. Denn am schlimmsten trifft es die Erwerbslosen – gerade, erneut, mit diesem Sparpaket: Streichung des Elterngeldes, des Renten- und Heizkostenzuschusses, des Überbrückungszuschlags von ALG I zu ALG II, Kürzungen bei Arbeitsmarktprogrammen usw. usf. Dabei kann von ALG II schon jetzt niemand leben. Zudem werden bisherige Hilfen zur „Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt“ in „Ermessensleistungen“ umgewandelt. Arbeitslose sind damit noch stärker der Willkür der Behörden ausgeliefert.

..... **Hoffnungsträger Wirtschaftswachstum**.....

Andere hoffen vielleicht, die aggressive Wirtschaftspolitik der Billiglohn-Exportnation Deutschland gegen schwächere Staaten werde am Ende ihnen nützen. Wird sie aber nicht. Profite bringt diese Politik weiterhin nur den Konzernen, Banken und Spitzenverdienern. Ganz im Gegenteil: Mit den nationalistischen Parolen von den „faulen Griechen“ und den „konsumgeilen US-Amerikanern“ werden wir in Deutschland davon abgehalten, mit US-AmerikanerInnen, GriechInnen und vielen anderen gemeinsam durch koordinierte Proteste und Streiks Kapital und Staat unter Druck zu setzen.

Lohn- und Abgabentwicklung im Deutschland

Bereits vor der Krise sanken in Deutschland – als einzigem europäischem Land – die Löhne. Gleichzeitig stieg in einigen Branchen die Arbeitszeit. Mit dem Einstieg in die Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung (Zusatzbeitrag) spitzt sich ein deutscher Trend zu: Die lohnarbeitenden Menschen werden durch Sozialabgaben und Steuern immer mehr belastet – Unternehmen und Spitzenverdiener müssen immer weniger zahlen. Der Spitzensteuersatz wurde von Rot-grün auf 42% gesenkt und beträgt mittlerweile 45% (für Einkommen über 20 000€ – im Monat!). Zudem werden Unternehmen in Deutschland massiv staatlich subventioniert. In anderen Ländern ist, entgegen dem deutschen Selbstbild, die Umverteilung von unten nach oben weniger stark. In Dänemark beträgt der Spitzensteuersatz 59%. Die effektive Steuerprogression ist selbst in den USA deutlich höher.

Deutsche Exportpolitik

Besonders mit den billigen Löhnen schafft es Deutschland derzeit, die Krise in andere Staaten zu exportieren: Diese werden mit Exportprodukten überschwemmt. Gleichzeitig werden verschuldete EU-Staaten auf deutsche Initiative zu Sparprogrammen gezwungen. Ob diese Rechnung aufgeht? Was, wenn z.B. Irland, Portugal oder Spanien ihre Schulden bei deutschen Banken nicht begleichen können? Die nationalistische deutsche Politik könnte sich dann gut als Bumerang erweisen: Wenn andere Länder unter dem deutschen Wirtschaftsdiktat pleite gehen, kommt die Krise mit doppeltem Schwung zurück nach Deutschland.

Das Sparpaket: Eckpunkte

- Indirekte Belastungen: Die Luftverkehrsabgabe und die höhere Beteiligung des Bundes an Gewinnen der Deutschen Bahn werden zu Belastungen der niedrigen und mittleren Einkommen durch höhere Preise oder Entlassungen bei Bahn und Fluggesellschaften führen. Bei der Arbeitslosenversicherung werden Zuschüsse gekürzt – dies muss zu einer Anhebung der Beitragssätze führen.
- Direkt trifft es die Arbeitslosengeld I und II-EmpfängerInnen: Streichung des Elterngeldes, des Renten- und Heizkostenzuschusses, des Überbrückungszuschlags von ALG I zu ALG II, Kürzungen bei Arbeitsmarktprogrammen.

Mein Michel, was willst du noch mehr?





Transnational gegen das Sparpaket

Aufruf der Jungen GEW Berlin zu den europaweiten Protesten / Herbst 2010

Die **Junge GEW Berlin** versteht sich als Zusammenschluss junger, kritischer BildungsarbeiterInnen innerhalb der Berliner Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Bei uns organisieren sich Studierende, ReferendarInnen und LehrerInnen, Promovierende, Beschäftigte im Hochschulbereich, im Erziehungsbereich und in der außerschulischen Bildung. Wir unterstützen die Durchsetzung der berechtigten Forderungen von BildungsarbeiterInnen mit den Mitteln des Streiks an Kitas, Schulen und Hochschulen. Aber wir denken nicht, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung ausreicht, um umfassende politische Veränderungen zu bewirken. Dafür müssen Gewerkschaften Teil sozialer Bewegungen sein. Deshalb arbeiten viele von uns auch in anderen herrschaftskritischen Zusammenhängen in Berlin mit.

Wir lassen uns durch das Versprechen, den Bildungsbereich beim Sparpaket zu schonen, nicht kaufen, sondern sind solidarisch mit allen ausgebeuteten und von Sparprogrammen betroffenen Menschen – global.

Kontakt

<http://www.gew-berlin.de/junge-gew.htm>
junge-gew@gew-berlin.de

Die Krise ist in Deutschland von höchster Stelle – der Regierung und ihren ExpertInnen – für beendet erklärt worden. Gleichwohl warnen die UnternehmerInnen vor Lohnerhöhungen, und die Regierung hält an ihrem Sparpaket fest. Damit werden die Folgen der Krise, besonders die staatlichen Milliardenzahlungen an Banken und Subventionen für Unternehmen bezahlt.

Wenn Arbeitende sich gegen Arbeitslose und AusländerInnen (auch MigrantInnen) ausspielen lassen, zahlen sie selber die Rechnung. Wer Angst hat, arbeitslos zu werden, oder illegalisierte MigrantInnen vor Augen hat, die zu Billiglöhnen arbeiten, lässt sich vieles gefallen.

Die deutsche Politik der Geschenke für eigene Unternehmen, des Wirtschaftskriegs gegen andere Länder, der Ausbeutung der eigenen Bevölkerung und der menschenverachtenden Verfügung über Arbeitslose ist nicht alternativlos: In einigen Staaten (z.B. Schweden) ist die Arbeitslosenversicherung kein staatliches Druckmittel, sondern wird von den Gewerkschaften verwaltet. In mehreren Ländern gibt es höhere Steuern auf Kapitalgewinne und Vermögen, und viele EU-Länder hatten in den letzten Jahren immense Lohnzuwächse. Und es kann – europaweit und darüber hinaus – noch viel mehr durchgesetzt werden, wenn wir uns nicht mit Ressentiments gegen Arbeitslose und Rassismus spalten lassen.

Darum: In Europa und global gegen Staat und Kapital! Kein Sparpaket – Regierung kürzen, Kapitalismus einsparen!